Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 133. Freitag, 10. Juni 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/4 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige. Jede zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Probleme der Völkerbundsratssitzung.

Die am kommenden Montag offiziell beginnende Junitagung des Völkerbundsrates wird für Deutschland eine Reihe außerordentlich wichtiger Fragen zur Erörterung bringen. Bei einer kritischen Beurteilung dieser Diskussionen muß aber mit großer Genauigkeit unterschieden werden zwischen den Fragen, die diesmal in Genf offiziell vom Völkerbundsrat besprochen werden sollen, und anderen Fragen, die in mehr oder weniger privaten Besprechungen der Außenminister erörtert werden sollen.

Was die erste Kategorie anlangt, so handelt es sich diesmal bei den Beratungen des Völkerbundsrates bekanntlich in erster Linie um die Entgegennahme einer von der Reichsregierung an den Völkerbund weitergeleiteten Beschwerde des Memellandes über die fortdauernden Gewaltmaßnahmen und Vertragsbrüche der litauischen Regierung. Entgegen den anfänglichen Versuchen der Regierung in Kowno, eine Absetzung dieses memelländischen Antrages von der Tagesordnung dieser Ratssitzung zu erreichen, hat sich jetzt, wie verlautet, der litauische Ministerpräsident Woldemaras selbst entschlossen, nach Genf zu fahren und den litauischen Standpunkt in dieser Streitfrage darzulegen. Dieser Entschluß des litauischen Ministerpräsidenten läßt am besten erkennen, welche außerordentliche Bedeutung man in Kowno dieser memelländischen Beschwerde beimißt. In der Tat wären schon jetzt hinreichend Gründe vorhanden, um eine energische Maßnahme des Völkerbundes Litauen gegenüber zu rechtfertigen. Allerdings wird man deutscherseits betreffs der bevorstehenden Beschlüsse des Völkerbundsrates in dieser Angelegenheit keine allzu kühnen Erwartungen hegen dürfen. Zumal da ja gerade in letzter Zeit die englische Diplomatie in Kowno eine lebhafte Tätigkeit entfaltet hat mit dem Ziele, Litauen zusammen mit Polen in die englische Anti-Sowjet-Front einzuspannen. Man wird füglich erwarten müssen, daß von englischer Seite die Behandlung der memelländischen Beschwerde in einer Form erfolgen wird, die Litauen möglichst wenig berührt. Da für die französische Einstellung zu der Memelfrage aber natürlich in erster Linie die polnischen Wünsche maßgebend sein dürften, diese aber selbstverständlich dahin gehen, in Litauen, was die Entdeutschungsmaßnahmen anlangt, einen Helfershelfer zu finden, so ist leider zu erwarten, daß Deutschland bei Behandlung der Memelland-Beschwerde in Genf ziemlich isoliert dastehen wird. Man wird sich über den Ernst dieser Situation auch nicht hinwegtäuschen lassen dürfen, wenn der Völkerbundsrat, wie es durchaus wahrscheinlich scheint, die Beschwerde des Memellandes an eine Untersuchungskommission überweist. Gerade eine solche dilatorische Behandlung, die ja leider den Gepflogenheiten des Völkerbundes entspricht, würde am allerwenigsten den deutschen Interessen entsprechen.

Angesichts dieser wenig aussichtsreichen Situation wird man von der Reichsregierung und ihrem Vertreter in Genf, dem Reichsaußenminister, diesmal in ganz besonderem Maße Energie und Festigkeit verlangen müssen, zumal da es sich bei der Memelfrage um eine ganz grundsätzliche Angelegenheit handelt, die das gesamte Deutschtum außerhalb der Reichsgrenzen angeht, und bei der unter allen Umständen vermieden werden muß, einen Präzedenzfall zu schaffen, der dann vielleicht anderen Staaten Anlaß gibt zu einer verschärften Unterdrückungspolitik gegenüber den in ihren Staaten lebenden deutschen Minderheiten.

Neben dieser wichtigen Memelfrage werden diesmal in Genf auch eine Reihe luftpolitischer Fragen behandelt werden, die nach den soeben glücklich beendeten Ozeanflügen in der Oeffentlichkeit stärkerem Interesse begegnen dürften. Auch hier drohen Deutschland Gefahren, die um so ernster sind, als sie nur wenigen Eingeweihten bekannt sind. Seit einiger Zeit sind nämlich gewisse französische Kreise am Werke, gewissermaßen als Ersatz für die erst vor kurzem in Fortfall gekommenen Begriffsbestimmungen für die deutsche Luftfahrt, der Entwicklung der deutschen Flugtechnik und des deutschen Luftverkehrs neue Hemmungen und Hindernisse zu bereiten. Es wäre verfrüht, schon jetzt über Einzelheiten zu sprechen. Ebenso notwendig ist es aber, daß gerade bei Erörterung dieser Fragen Deutschland, das ja bei Behandlung aller Luftfragen durch seine geographische Lage ein nicht zu unterschätzendes Plus aufzuweisen hat, diese ihm zur Verfügung stehenden Trümpfe ohne falsche Rücksichtnahme ausspielt und unter allen Umständen jene neuen Versuche, seine luftpolitische Entwicklung zu hemmen, zurückweist.

Von den übrigen zwischen den Außenministern zu erörternden Fragen stehen im Vordergrunde des Interesses die Frage der Rheinlandräumung und der Kontrolle der Zerstörung der deutschen Ostfestungen. Daß bei diesen Erörterungen deutscherseits ein Optimismus nicht am Platze ist, das haben die zahlreichen Aeußerungen englischer und besonders französischer Blätter und offiziöser Stellen während der letzten Zeit leider nur allzu deutlich gezeigt. Der deutsche Vorschlag, eine Kontrolle der zerstörten Festungen durch neutrale militärische Sachverständige vornehmen zu lassen, ist von der Gegenseite brüsk abgelehnt worden. Ein neuer, offizieller deutscher Vorschlag ist, soweit bekannt ist, bisher nicht gemacht worden, so daß diese Frage völlig ungeklärt zur Diskussion gelangen muß. Man wird nun selbstverständlich in Genf versuchen, Deutschland in der Kontrollfrage zu einem Nachgeben zu veranlassen unter Hinweis auf die sonst nicht mögliche Räumung des Rheinlandes. Man wird deutscherseits gut tun, derartigen Manövern mit der Kaltblütigkeit zu begegnen, die nach all den Enttäuschungen seit Locarno und Thoiry am Platze ist. Nachdem verschiedentlich in letzter Zeit das Rheinland selbst die Auffassung zum Ausdruck gebracht hat, daß Deutschland unmöglich weitere Opfer für die Räumung des besetzten Gebietes bringen könne, nachdem es sie schon doppelt und dreifach im voraus hat bezahlen müssen, ist unbedingt zu fordern, daß man in Berlin nicht päpstlicher ist als der Papst und neue Opfer bringt für angebliche Gegenleistungen, die letzten Endes doch imaginär bleiben. Es kommt hinzu, daß die Zeit bei der Frage der Rheinlandräumung Deutschlands bester Bundesgenosse ist, daß jeder Tag das Pfand des besetzten Gebietes immer mehr entwertet, da ja heute bereits die Hälfte selbst der längsten Besatzungsfristen abgelaufen ist.

Auch bei Behandlung dieser Fragen wird also die deutsche Delegation in Genf größte Zurückhaltung an den Tag legen müssen, wenn nicht wieder auf lange Zeit hinaus alle Hoffnungen auf wenigstens einen Teilerfolg zunichte gemacht werden sollen. So verhältnismäßig gering nach der hier skizzierten Lage der Dinge die Hoffnungen und Aussichten Deutschlands auf der kommenden Ratstagung sind, so muß doch betont werden, daß eine Abkehr von der bisherigen Politik des Vorauszahlens einzig und allein wenigstens einige Hoffnung geben kann, daß die deutsche Delegation nicht wieder mit ganz leeren Händen aus Genf zurückkehrt.

Die Antwort Polens an die russische Regierung.

)(Warschau, 9. Juni. In der heute vom polnischen Gesandten in Moskau dem Volkskommissar der U. S. S. R. Patek überreichten Note heißt es:

„Tief betroffen und empört über den grauenhaften Mord, wünscht die polnische Regierung, das aufrichtige Bedauern und die Empörung, die dieser Mord bei ihr ausgelöst hat, noch einmal auszudrücken. Die polnische Regierung bedauert die Tat eines Wahnsinnigen, der nicht der polnischen Nation angehört, um so mehr, als sie sich der ständigen Besserung der politischen Beziehungen zwischen der polnischen Regierung und der Regierung der U. S. S. R. vollkommen bewußt ist. Demzufolge kann die polnische Regierung einen Zusammenhang zwischen den in der Note des Herrn Volkskommissars angeführten Fällen und der Tatsache dieses Mordes nicht anerkennen. Den Bräuchen des internationalen Rechts entsprechend erteilt die polnische Regierung Emigranten verschiedener Nationen das Asylrecht, indem sie gleichzeitig dagegen auftritt, daß aus dem polnischen Territorium planmäßige Tätigkeiten gegen fremde Staaten aufgenommen werden. Die polnische Regierung kann daher keine Verantwortung für die Tat eines Wahnsinnigen auf sich nehmen, die, wie die ersten Untersuchungen zu beweisen scheinen, die Tat eines einzelnen ist." Die Note weist darauf hin, daß Wojkow seinerzeit selbst den ihm angetragenen persönlichen Schutz abgelehnt habe. Die Ausführung des Mordes sei dadurch bedeutend erleichtert worden, daß die Sicherheitsbehörden von der Durchreise des Herrn Rosengolz und der Absicht Wojkows, ihn am Hauptbahnhof zu begrüßen, nicht unterrichtet worden seien. Unter nochmaliger Ablehnung der Verantwortung für den Mord erklärt sich die polnische Regierung am Schluß der Note bereit, den Wunsch der U.S.S.R. über eine Entschädigung für die Familie des Gesandten Wojkow „in weitestem Sinne wohlwollend zu prüfen."

Zur Regierungsumbildung in Sachsen.

tsd. Dresden. Die interfraktionelle Sitzung, die für gestern, Donnerstag, in Aussicht genommen war, ist, wie die „Dresdner Neuesten Nachrichten" melden, vom Abg. Dr. Blüher wieder abgesagt worden. Das Blatt rechnet mit einer telegraphischen Zusammenberufung der Fraktionen.

*

Die Deutschnationalen zur Regierungsumbildung.

tsd. Dresden. Am Mittwoch nachmittag fand in Dresden die **Vertreterversammlung der deutschnationalen Volkspartei** für den Wahlkreis Ostsachsen statt, an der auch die Mitglieder der Landtagsfraktion und einige Reichstagsabgeordnete teilnahmen. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Abg. Dr. Eberle berichtete über die mit den Regierungsparteien gepflogenen Verhandlungen. Nach längerer Aussprache wurde einstimmig folgende **Entschließung** angenommen: „Die Versammlung billigt einstimmig das Verhalten der Unterhändler der deutschnationalen Landtagsfraktion und hält nach wie vor die Umbildung der sächsischen Regierung unter Beteiligung der Deutschnationalen entsprechend der Bedeutung der Partei im Lande für ein Gebot der Gerechtigkeit und eine Notwendigkeit für eine gesunde und stetige Führung der Staatsgeschäfte."

Die Postbeamten zur Besoldungsfrage.

)(München. Die Tagung der deutschen Post- und Telegraphenbeamten nahm eine **Resolution zur Besoldungsfrage** des Inhalts an, daß die seit Jahren ungenügende Besoldung zu einer geradezu entsetzlichen und bedrohlichen Notlage der Beamten geführt habe. Das Einkommen in den unteren Gruppen reiche nicht mehr zur allereinfachsten Lebensführung aus. Die Verschuldung der Beamten sei ins Riesenhafte gewachsen. Der Verbandstag richtete die **dringende und ernste Mahnung an die Regierung und Parlamente, unverzüglich eine nennenswerte Aufbesserung der Beamtenbezüge,** insbesondere in den unteren Besoldungsgruppen vorzunehmen, die **rückwirkend vom 1. April dieses Jahres** an zur Auszahlung gelangen soll.

Reichskabinett und Weltwirtschaftskonferenz.

* Berlin. (Telunion.) Das Reichskabinett hat nach Entgegennahme eines Berichtes über das Ergebnis der Weltwirtschaftskonferenz in seiner gestrigen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt:

Die Reichsregierung billigt den Gesamtbericht der Weltwirtschaftskonferenz und stimmt ihren Beschlüssen zu. Sie ist bereit an der Verwirklichung der Empfehlungen und Anregungen der Weltwirtschaftskonferenz tatkräftig mitzuwirken. **Die Reichsregierung erblickt in den von der** Weltwirtschaftskonferenz für Volk und Handelspolitik gegebenen Richtlinien einen praktischen Weg zu einer freieren Gestaltung der internationalen und insbesondere der europäischen Wirtschaftsbeziehungen und ist mit der Konferenz der Ansicht, daß hierin eine Voraussetzung für wirtschaftliche Gesundung Europas der Fortschritt der Zivilisation und die Erhaltung des Friedens sind. Sie hält es daher für dringend erwünscht, daß die zur Verwirklichung der Konferenzbeschlüsse erforderlichen Arbeiten des Völkerbundes mit Beschleunigung in Angriff genommen und durchgeführt werden.

Sozialpolitischer Ausschuß.

Die Aufbringung der Mittel für die Krisenversicherung.

* Berlin. (Telunion.) Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages erledigte am Donnerstag die §§ 142 und 245 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, die sich mit der **Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenversicherung** beschäftigen. Beim § 145, der die Lastenverteilung bei der Krisenunterstützung behandelt, zeigte sich ein starker Widerstreit zwischen der Auffassung der Reichsregierung und des Reichsrates. Die Reichsregierung hatte vorgeschlagen, daß die Gemeinden sich an den Lasten der Krisenunterstützung mit einem Viertel beteiligen sollen. Während nach dem Beschlusse des Reichsrates den Gemeinden ein Neuntel von den Kosten der Krisenunterstützung auferlegt und die restlichen acht Neuntel dem Reiche zugewiesen werden sollten.

Ministerialdirektor Lotholz vom Reichsfinanzministerium begründete im Ausschuß die Auffassung der Regierung und erklärte, die Regierung erblicke in der vom Reichsrat beschlossenen geringen Beteiligung der Gemeinden eine Regelung, die alle Gefahren der Dotationspolitik wiederwachrufe und die keine Gewähr für die ordnungsmäßige Durchführung der Krisenunterstützung mehr biete.

Demgegenüber vertrat als Sprecher des Reichsrates der preußische **Ministerialdirektor von Leyden** die Auffassung, daß nach der Ansicht des Reichsrates es sich hier in erster Linie um eine Angelegenheit des Reiches und nicht mehr der einzelnen Gemeinden handele. Die Gemeinden würden durch eine Regelung, wie sie die Reichsregierung vorschlage, ungleichmäßig belastet werden. Der Reichsrat halte ein Viertel für das Aeußerste, was den Gemeinden in dieser Beziehung zugemutet werden könne. Nach weiterer, z. T. erregter Aussprache, in der von beiden Parteien zum Ausdruck kam, daß der soziale Ausschuß lediglich von sozialem Gesichtspunkten die Sache zu beurteilen habe, wurde ein **Vermittlungsvorschlag** der Deutschen Volkspartei angenommen, **wonach die Gemeinden nicht ein Viertel, sondern nur ein Fünftel der Lasten der Krisenunterstützung zu tragen haben.**

Die Militärreform Frankreichs.

)(Paris. Bei der Fortsetzung der Kammerdebatte über den Gesetzentwurf betr. die **allgemeine Organisierung des Heeres** wies **Kriegsminister Painlevé** darauf hin, daß **Frankreich nicht nur sein Heimatgebiet, sondern auch seine Kolonien schützen müsse.** Die militärischen Autoritäten seien zu der Schlußfolgerung gelangt, daß man **40 Divisionen haben müsse,** die in den Kampf eingreifen könnten, um den ersten Stoß auszuhalten. Außerdem aber müßten **20 Divisionen bereit stehen,** die bereits in Aktion treten, bevor die 40 Divisionen kampfbereit seien.

Vor dem Empfang Lindberghs in Amerika.

Newyork. (Funkspruch.) Die Blätter widmen den Vorbereitungen zum Empfang Lindberghs zunehmenden Raum. Die Polizeimaßnahmen in Newyork und Washington haben niemals zuvor einen solchen Empfang erreicht. Die Newyorker Börse wird schließen, was bisher nur einmal zu Ehren eines Lebenden geschah, nämlich zu Ehren des Oberkommandierenden der amerikanischen Armee im Kriege, Pershing. Lindbergh wird in Amerika von einer geradezu überblüffenden Post erwartet, die ungefähr ½ Million Briefe beträgt.

Lindberghs Ernennung zum Oberst.

Washington. (Funkspruch.) Präsident Coolidge hat der Ernennung Lindberghs zum Oberst im Reserveflieger-korps zugestimmt.